KOALITIONSVERTRAG

zwischen **Bündnis 90/Die Grünen**
und **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**
22. Amtsperiode der Bezirksversammlung Eimsbüttel

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
EIMSBÜTTEL

SPD
Eimsbüttel

Koalitionsvertrag
Bezirk Eimsbüttel 2025

zwischen
Bündnis 90/Die Grünen

und
Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD
SPD Kreis Eimsbüttel
Helene-Lange-Straße 1
20144 Hamburg
hh-eimsbuettel@spd.de
www.spdeimsbuettel.de

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Eimsbüttel
Methfesselstraße 38
20257 Hamburg
kreisverband@gruene-eimsbuettel.de
www.gruene-eimsbuettel.de

Inhalt

Präambel
Seite 7

Kerngebiet
Seite 7

Regionalbereich Lokstedt, Niendorf und Schnelsen
Seite 8

Regionalbereich Stellingen und Eidelstedt
Seite 10

Wirtschaft, Digitalisierung und Verbraucherschutz
Seite 12

Grün, Nachhaltigkeit und Umwelt
Seite 14

Schule, Bildung und Integration
Seite 16

Sozialraummanagement
Seite 17

Jugendhilfe
Seite 19

Haushalt und Kultur
Seite 21

Sport
Seite 22

Mobilität
Seite 25

Stadtentwicklung
Seite 28

Aufarbeitung belasteter Straßennamen
Seite 31

Zusammenarbeit
Seite 31

PRÄAMBEL

Eimsbüttel ist ein vielfältiger, lebendiger Bezirk. Als stärkste Fraktionen in der Bezirksversammlung wollen Bündnis 90/Die Grünen und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in einer Koalition gemeinsam Verantwortung dafür übernehmen, Eimsbüttel ökologisch, sozial gerecht und demokratisch weiterzuentwickeln.
Unser Ziel ist ein Bezirk, der bezahlbaren Wohnraum sichert, klimagerechte Mobilität vorantreibt und solidarische Strukturen im Alltag stärkt – von der Jugendhilfe über sichere Schulwege bis hin zur Kulturförderung. Wir stehen für eine Politik, die nicht nur verwaltet, sondern gestaltet – vorausschauend, transparent und im Dialog mit den Menschen vor Ort. Mit diesem Koalitionsvertrag setzen wir klare Schwerpunkte und einen verlässlichen Rahmen für die kommenden Jahre.

KERNGEBIET

Das Kerngebiet, die Stadtteile Eimsbüttel, Harvestehude, Rotherbaum und Hoheluft-West, repräsentiert die urbanen Qualitäten unseres Bezirks: dichte Nachbarschaften, vielfältige Kiezstrukturen und ein reiches kulturelles Leben. Orte wie die Osterstraße, das Kaifu oder der Isemarkt prägen das alltägliche Miteinander ebenso wie die Universität. Als grün-rote Koalition wollen wir diesen einzigartigen Raum im Sinne einer sozial-ökologischen Stadtentwicklung stärken und konkrete Verbesserungen anstoßen.
Die Fortbewegung zu Fuß ist der Ausgangspunkt der Mobilität. Fußwege wollen wir daher mit einfachen Maßnahmen herrichten und so „Stolperfallen“ beseitigen.
An der Alster setzen wir uns dafür ein, die Beleuchtung langfristig sicherzustellen.
In der Milchstraße wollen wir die Verkehrsführung insbesondere im Teil zum Mittelweg daraufhin überprüfen, wie sie so ausgestaltet werden kann, dass der Fahrradverkehr in der ganzen Milchstraße in beide Richtungen möglich ist.
Wir setzen uns weiter dafür ein, dass das Uni-Verkehrskonzept hinsichtlich der Quartiersgaragen umgesetzt wird.
Zu der verkehrlichen Situation im Generalsviertel halten wir daran fest, dass Rettungskräfte freie Durchfahrt haben. Die weiteren Schritte wollen wir dazu mit der Verwaltung konkret im Einzelnen besprechen.
Wir wollen den Teil Lindenallee Nord (nördlich Bellealliancestraße) entsprechend der Variante 1 der Planung der Bezirksverwaltung umsetzen. Sollten dabei Parkplätze entfallen muss dafür Ersatz geschaffen werden.
Für eine öffentliche Toilette in der Osterstraße setzen wir uns weiterhin ein. Dabei achten wir auf eine inklusive Ausgestaltung. Wir wollen dafür alle Möglichkeiten nutzen und gehen auch auf Gewerbetreibende und private Eigentümer zu, um die Situation zu verbessern.
Das Umfeld des Bahnhofes Schlump wol-

len wir aufwerten, mehr Aufenthaltsqualität schaffen und den Wochenmarkt stärken.
Wir setzen uns dafür ein, dass die Fläche an der Pumpstation Grindelberg nach Abschluss der Baumaßnahmen attraktiv und angemessen begrünt hergerichtet wird.
Mit Blick auf die Grünanlage bei der Apostelkirche setzen wir uns für eine weitere Aufwertung der Fläche ein, beachten dabei den Freizeit- und Erholungswert und versuchen diesen zu steigern.
Für die Errichtung eines Pumptracks suchen wir weiter nach einer Fläche, möglichst in der Nähe des Schulclusters.
Wir setzen uns dafür ein, weitere Sitzbänke im öffentlichen Raum möglichst seniorengerecht und inklusiv zu installieren.
Die aktuelle Diskussion und die erklärte Bereitschaft der Hochbahn zur Kooperation zur Regulierung der Taubenpopulation wollen wir nutzen und setzen uns daher am Isemarkt für die Schaffung von Taubenschlägen ein. Um hierfür ein ganzheitliches Konzept zu entwickeln, soll ein Runder Tisch unter Beteiligung der Hochbahn initiiert werden.
Rosa und gelbe Säcke sollten nicht auf der Straße gelagert werden, dafür setzen wir uns ein. Wir sehen hier auch die privaten Eigentümer*innen in der Pflicht, geeignete Räume zu schaffen. Wo dies nicht möglich ist, gilt es bei der Umgestaltung von Verkehrsräumen zu prüfen, ob entsprechende Möglichkeiten der Abfalllagerung geschaffen werden können.
Wir prüfen, auf welche Art und Weise die Geruchsbelästigung am Isebek-Kanal und dem Gewässer im Park am Weiher behoben werden können.
Wir wollen betrachten, wie die bestehenden Bunkerbauten in städtischer Hand zurzeit genutzt werden und wie sie in Zukunft genutzt und weiterentwickelt werden können.
Der Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge ist ein wichtiges Symbol für das jüdische Leben in Hamburg und ganz Deutschland. Wir werden die Stadt in ihrem Bemühen darum unterstützen und gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde, der Stadtgesellschaft und dem Bund alle erforderlichen Schritte unternehmen.

REGIONALBEREICH LOKSTEDT, NIENDORF UND SCHNELSEN

Lokstedt, Niendorf und Schnelsen vereinen gewachsene Wohnquartiere, grüne Freiräume und lebendige Zentren wie den Tibarg oder die Frohmestraße. Mit ihren aktiven Stadtteilkulturen und der Nähe zum Niendorfer Gehege bieten sie eine hohe Lebensqualität in der nördlichen Ausdehnung des Bezirks. Als grün-rote Koalition setzen wir uns dafür ein, diese Qualitäten zu bewahren und gleichzeitig den sozialen und ökologischen Wandel aktiv zu gestalten.
Für das Zentrum von Niendorf bemühen wir uns um finanzielle Mittel auf Landes- und Bundesebene, um langfristig die Pflasterung des Tibargs zu erneuern. Dabei sind ökologische und inklusive Aspekte zu berücksichtigen.

Wir werden auf dem Tibarg die im Klimaanpassungskonzept benannten, sinnvollen Maßnahmen umsetzen.
Für uns ist der Standort Kundenzentrum Lokstedt ein elementarer Bestandteil des Tibargs und der Versorgung des Regionalbereichs. Wir setzen uns dafür ein, dass der Standort langfristig erhalten bleibt und entwickelt wird.
Wir bekennen uns zum Standort des Vereins Wir für Niendorf e.V. in der Lippertschen Villa und werden diesen mit den Akteur*innen und der Verwaltung weiterentwickeln. Ziel bleibt es, ein soziales Stadtteilkulturzentrum weiterzuentwickeln und zu fördern.
Den Stadtteilbeirat Niendorf Nord unterstützen wir in seiner Arbeit den Stadtteil weiterzuentwickeln.
Die Baumsituation entlang der Paul-Sorge-Straße werden wir betrachten.
Wir wollen die Einrichtung einer Fahrradstraße im König-Heinrich-Weg mit einfachen Mitteln prüfen lassen und ggf. umsetzen.
Den Bürgerbus wollen wir erhalten und evaluieren. Dabei wollen wir uns auch um weitere Finanzierungsquellen bemühen.
Für die Straße Langenhorst wollen wir die Maßnahmen aus dem Bebauungsplan Niendorf 97 umsetzen und werden im Weiteren die verkehrliche Situation begleiten.
Wir bekennen uns zu dem bestehenden Konzept zum Niendorfer Gehege und wollen es weiterentwickeln. Wir bleiben mit den Akteuren im Niendorfer Gehege im Austausch und lassen uns jährlich im RaLoNiS darüber berichten.
Die Fußwege im Niendorfer Gehege wollen wir in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren weiterentwickeln.
In Schnelsen wollen wir die Aufenthaltsqualität auf dem Roman Zeller Platz verbessern und dabei auch Entsiegelungspotenziale heben. Wir werden prüfen, ob wir dabei die Möglichkeiten von RISE nutzen können.
Der Entwicklung und den Potentialen des Quartiers Schnelsen-Süd wollen wir ein besonderes Augenmerk widmen.
Wir setzen uns dafür ein, dass der Sassenhof erhalten bleibt und bald möglichst wieder eine gute Nutzung ermöglicht wird. Dies tun wir in enger Abstimmung mit dem Denkmalschutz.
Wir werden bei den Schulen jeweils die Schulwegsicherheit betrachten und gegebenenfalls sukzessive Maßnahmen ergreifen, in Absprache mit dem Bezirksamt. Nach Umsetzung der bereits ergriffenen Maßnahmen wollen wir diese evaluieren.
Bei der Umsetzung eines Verkehrskonzeptes rund um die Campusschule Schnelsen beziehen wir nicht nur die Holsteiner Chaussee mit ein, sondern das gesamte Umfeld. Das Konzept soll dabei auch auf die Auswirkungen des geplanten Recyclinghofes eingehen und diese berücksichtigen.
Die Verkehrssituation in der Oldesloer Straße für Fahrradfahrende und zu Fuß Gehende wollen wir mit einfachen Mitteln verbessern.
Die Ampelschaltung an der Kreuzung Holsteiner Chaussee/Pinneberger Straße/Oldesloer Straße soll optimiert werden.
Wir wollen prüfen, wie eine bessere Fahrradwegeverbindung vom Schnelsener Märchenviertel zur Innenstadt gestaltet werden kann. Dabei soll auch die Fahrradverbindung ins Kerngebiet von Schnelsen aus insgesamt betrachtet werden.
Die Vorschläge aus dem Nahmobilitätskonzept Schnelsen wollen wir umsetzen, insbesondere die kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen der verschiedenen Steckbriefe.
Wir setzen uns dafür ein, dass vor der Inbetriebnahme der S5 die Haltestelle Schnelsen-Süd durch die AKN angefahren wird, um insbesondere Schüler*innen die Fahrt zu und von der Julius-Leber-Schule zu erleichtern.

Das Albertinen-Krankenhaus ist ein wichtiger Träger der Krankenversorgung in Hamburgs Norden und Westen sowie ein wichtiger Arbeitgeber in Schnelsen. Die verkehrliche Situation der Zufahrt als spezielle Auswirkung vor Ort werden wir besonders im Auge behalten.
In Lokstedt wird die Grelckstraße bei der von uns angestrebten Entwicklung eines Stadtteilzentrums am Behrmannplatz eine bedeutende Rolle spielen und daher in die dann vorzunehmende Planung einbezogen. Im Rahmen der Umsetzung der Drs. 21-4505 ist eine permanente, regelmäßige Sperrung der Straße nicht intendiert.
Wir begrüßen das Projekt Petrus-Platz als neuen Treffpunkt für Lokstedt.
Für den Süden Lokstedts (insbesondere Lohkoppelweg/Vizelinstraße) wollen wir neue Impulse hinsichtlich Verkehr, Infrastruktur und Einkaufsmöglichkeiten schaffen.
Das Bürgerhaus Lenzsiedlung wollen wir bei der grünen Gestaltung des Umfeldes unterstützen.
Für die Zukunft der bezirklichen Sportfläche an der Döhrntwiete werden wir uns gemeinsam mit der Verwaltung und den örtlichen Vereinen und Akteur*innen um ein Nutzungskonzept bemühen, das eine breite und vielfältige Nutzung für den Sport im Stadtteil ermöglicht.
Die Schulwegsituation rund um das Gymnasium Corveystraße wollen wir weiter verbessern.
Bei der Umsetzung des Schulstandortes Campusschule Lokstedt werden wir die verkehrliche Situation prüfen, insbesondere hinsichtlich Schulwegsicherheit.
Moorgebiete wie Vielohmoor und Ohmoor sollten wieder vernässt werden. Dafür engagieren wir uns weiter und werden hierzu den Austausch mit den Akteur*innen vor Ort und dem Land Schleswig-Holstein intensivieren.
Mit Blick auf die Grünen Ringe und Wegeverbindungen setzen wir uns weiter für die Umsetzung des Konzepts Grüne Nebenwege ein, um die Lücken zwischen den Bezirken Nord und Eimsbüttel zu schließen und das Konzept für Eimsbüttel in Gänze zu vervollständigen.

REGIONALBEREICH STELLINGEN UND EIDELSTEDT

Stellingen und Eidelstedt sind dynamische Stadtteile im Wandel – geprägt von vielfältigen Wohnlagen, aktiven Nachbarschaften und bedeutenden Entwicklungsgebieten wie dem Deckel-Park, der neuen Mitte Stellingen und dem Sportpark Steinwiesenweg. Mit Traditionsvereinen, Grünzügen wie der Landschaftsachse aber auch einer hohen Verkehrsbelastung entfaltet sich hier ein urbanes Leben mit viel Potenzial und Herausforderungen. Unser Fokus liegt dabei auf guter Infrastruktur, klimagerechter Entwicklung und einer Stadtteilpolitik, die die Menschen vor Ort einbindet und stärkt.
Die Planung zum RISE-Gebiet Stellingen wollen wir gemeinsam pro-aktiv, konstruktiv begleiten.
Zu dem Projekt einer Outdoor Clubfläche in Stellingen werden wir die Konzepterstellung

und entsprechenden Gutachten abwarten, Genehmigungen, Ausnahmen, Befreiungen und ähnliches werden nur im gegenseitigen Einverständnis erteilt.
Im Umfeld des Instandhaltungswerks Stellingen kommt es zu Lärmbelastung und Lichtverschmutzung für die Anwohnenden, wir wollen uns diesem Thema widmen und dabei helfen, die Zuständigkeiten festzustellen und die Situation zu verbessern.
Wir werden bei den Schulen jeweils die Schulwegsicherheit betrachten und gegebenenfalls sukzessive Maßnahmen ergreifen, in Absprache mit dem Bezirksamt. Nach Umsetzung der bereits ergriffenen Maßnahmen wollen wir diese evaluieren.
Den Zustand der bestehenden Radverkehrsanlagen in Stellingen wollen wir insbesondere im Bereich der Straßen Hagenbeckstraße, Basselweg, Spannskamp, Wördemannsweg, Wegenkamp, Gazellenkamp in Augenschein nehmen und gegebenenfalls verbessern. Bei neuen Straßenbauarbeiten in dem Gebiet werden wir uns ebenfalls die Radwege-Situation anschauen.
Im Basselweg zwischen Kieler Straße und Sportplatzring setzen wir uns für eine Verbesserung der Verkehrssicherheit ein. Dies kann auch eine Tempo 30 Regelung umfassen.
Die Kreuzung Kieler Straße/Sportplatzring/Volksparkstraße ist einer der bedeutendsten Knotenpunkte. Wir wissen um die Bedeutung für den ÖPNV und Autoverkehr, aber auch um die Problematiken für den Fuß- und Radverkehr diese zu überqueren. Wir haben den Wunsch dies zu verbessern, wissend, dass Maßnahmen technisch nicht leicht umzusetzen sind.
Den Straßenzug Randstraße, Gutenbergstraße, Warnstedtstraße, sowie den Försterweg wollen wir hinsichtlich möglicher Verbesserungen durch eine Verkehrsberuhigung betrachten. Dies umfasst auch ein Durchfahrtverbot für den LKW-Verkehr im Rohlfsweg.
Wir unterstützen vernünftige Maßnahmen um die Fußgängerunterführung Försterweg–Gutenbergstaße in der Linse zu verbessern, sie barriere- und angstfrei auszubauen und sauber zu halten.
Der Tunnel an der S-Bahn-Stellingen ist bei Veranstaltungen höchstfrequentiert und ein echter Engpass. Wir wollen uns für eine Verbesserung dieser Situation einsetzen und dafür in einem ersten Schritt die Zuständigkeit klären und weitere Maßnahmen anregen.
Die Ampelschaltung an der S-Bahn-Station Stellingen wollen wir hinsichtlich einer Verbesserung für den Fuß- und Radverkehrs betrachten.
Bei verkehrlichen Planungen zu den Arenen setzen wir uns dafür ein, dass die Belange Eidelstedts und Stellingens mitberücksichtigt werden.
Der Entwicklung und den Potentialen der Quartiere mit Unterstützungsbedarf in Eidelstedt und Stellingen wollen wir ein besonderes Augenmerk widmen.
Wir setzen uns dafür ein, dass eine bessere ÖPNV-Verbindung, insbesondere Busanbindung, für Eidelstedt und Stellingen realisiert wird. Das betrifft insbesondere die Busse der Linie 4 (wieder durchgehend bis nach Eidelstedt, möglichst bis zum Wildacker), die Linien 281 und 392. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Nahverkehrsanbindung des Gebiets um den Försterweg an und über die S-Bahnhaltestellen Langenfelde und Stellingen ein.
Für die verkehrliche Situation um den Radweg, der durch den Eidelstedter Busbahnhof verläuft, wollen wir prüfen, ob eine Entzerrung geschaffen werden kann.
Am Eidelstedter Marktplatz wollen wir die im Klimaanpassungskonzept benannten, sinnvollen Maßnahmen umsetzen.
Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Beschlüsse zum Eidelstedter Wochenmarkt abgearbeitet werden.

Auf dem Wördemanns Weg wollen wir eine Tempo-30 Regelung einführen.
Zu der geplanten Autoreisezuganlage in Eidelstedt werden wir die verkehrliche Planung weiter kritisch und aufmerksam begleiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Wegebeziehung in der Eidelstedter Feldmark (Verlängerung Eidelstedter Dorfstraße zur Kieler Straße sowie die von dort abgehende Abzweigung zur Sportanlage Steinwiesenweg) saniert bzw. ordentlich hergestellt wird.

WIRTSCHAFT, DIGITALISIERUNG UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Eimsbüttel profitiert von seinem vielfältigen Wirtschaftsleben zwischen DAX-Industrie-Unternehmen und Solo-Selbständigen. Unsere Bezirksverwaltung ist dazu da, dieses Wirtschaftsleben zu befördern und die Einhaltung notwendiger Regeln zu sichern. Wir wollen Digitalisierung und Dekarbonisierung in der Wirtschaft fördern, denn sie sind derzeit die drängendsten Herausforderungen. Zugleich stehen wir an der Seite der Verbraucher*innen, wenn es um ihre Rechte geht.
Die Wirtschaftskonferenz wollen wir im bisherigen Modus beibehalten und die inhaltliche Ausrichtung mit den Kammern, der Verwaltung und der Bezirksversammlung abstimmen.
Wir wollen weitere Plattformen zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung, wie z.B. Ausbildungsbörsen, im Bezirk ausbauen und unterstützen.
Die Digitalisierung in der Verwaltung wollen wir vorantreiben und haben dafür den gesamten Prozess von Anfang bis Ende im Blick. Dabei werden wir den Einsatz von KI immer mitdenken.
Bürgerterminals sind ein wichtiger Schritt in Richtung digitale Verwaltung. Diese wollen wir in Zukunft unterstützen.
Für die digitale Teilhabe wollen wir prüfen, ob das Angebot an WLAN-Zugängen, insbesondere an Orten der Begegnung wie z.B. Bücherhallen, Wochenmärkten, Parks und Bibliotheken ausgebaut werden kann. Ebenfalls sollte geprüft werden, wie digitale Bildung z.B. durch Schulungen insbesondere für Ältere und weniger digital-affine Menschen im Bezirk gefördert werden kann. Dabei ist uns wichtig, dass Angebote weiterhin analog erreichbar bleiben.
Bücherhallen sollen Orte der digitalen Teilhabe sein. Gerade die weitere Anschaffung von digitalen Medien unterstützen wir.
Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung bei Messungen möglichst ohne Medienbruch digitale Sensorik und Datenerfassung verwendet.
Für die Einrichtung eines für alle zugänglichen FabLabs, einer offenen Werkstatt für Privatpersonen mit Zugang zu modernen Fertigungsverfahren wie bspw. 3D-Drucker, setzen wir uns ein, z.B. im Rahmen der neuen Campus-Schule Schnelsen.

Wir wollen einen schnellen Glasfaserausbau im Bezirk. Dabei unterstützen wir entsprechende Angebote.
Wir wollen konsequent gegen Wohnungsleerstand und illegale Vermietung vorgehen. Wir wollen prüfen, ob dies durch digitale Prüfungen verbessert werden kann.
Bei gewerblichem Leerstand wollen wir uns nach Möglichkeit für Zwischennutzungen wie bspw. Pop-up-Stores, Kultur oder soziale Zwecke einsetzen.
Die Zusammenarbeit und die Synergieeffekte bezüglich nachhaltiger Energien im gewerblichen Bereich wollen wir unterstützen.
Wir unterstützen die Fortführung des BID und die weitere Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Tibarg.
Attraktive Stadtteilzentren wollen wir weiterhin erhalten und ausbauen. Dafür arbeiten wir mit den Zentrenvereinen zusammen und unterstützen sie.
Wir setzen uns dafür ein, dass effektive Maßnahmen von Quartiersmanagements zur Unterstützung der Stadtteilzentren umgesetzt werden.
In den Quartieren wollen wir Flächen für Handwerk und Gewerbe schaffen und halten. Dazu prüfen wir die bauplanrechtlichen Möglichkeiten, insbesondere die Ausweisung von „urbanen“ Gebieten. Die Schaffung weiterer Handwerkerhöfe/Meistermeilen wollen wir konstruktiv begleiten.

Das Eimsbütteler Handwerk wollen wir dabei unterstützen, in seiner Erreichbarkeit und Verfügbarkeit in den Stadtteilen wahrgenommen zu werden, um so eine lokale Versorgung durch das Handwerk zu befördern. Zudem wollen wir die aktive Rolle und die Vernetzung von Frauen im Handwerk unterstützen.
Wochenmärkte sind zentrale Orte der Begegnung und der Nahversorgung, die wir unterstützen. Wir möchten die dazugehörigen Marktplätze ertüchtigen.
Flohmärkte beleben die Stadtteile. Wir wollen sie erhalten und unterstützen. Die Nutzungsrechte für Flächen für Flohmärkte wollen wir möglichst transparent mehrjährig zuteilen.
Sicherheitsmaßnahmen für Märkte und Feste sind inzwischen ein wichtiger, auch wirtschaftlicher Faktor. Wir wollen betrachten, welche weiteren Maßnahmen gebraucht werden und wie diese wirtschaftlich günstig umgesetzt werden können.
Wir setzen uns dafür ein, dass Stadtteilfeste erhalten bleiben.
Wir unterstützen das europaweite „Recht auf Reparatur“ und streben die Einrichtung mehrerer öffentlich zugänglicher Repair-Cafés im Bezirk an, bevorzugt in Kooperation mit Stadtteilkulturzentren und anderen Institutionen.

GRÜN, NACHHALTIGKEIT UND UMWELT

Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung des Bezirks nutzt allen. Klimaschutzmaßnahmen dienen einer sauberen und autarken Energieversorgung, Klimaanpassung bedarf weiterer Entsiegelung und Naturflächen, um Starkregen, Hitzeereignisse und Windschneisen zu dämpfen. Ein grünes Eimsbüttel steigert daher zugleich die Lebensqualität.

Wir wollen das Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept gemeinschaftlich weiter umsetzen.

Das Klimaanpassungskonzept unterstützen wir, indem wir konkrete Orte und Maßnahmen insbesondere zum Erhalt und zur Steigerung der Biodiversität identifizieren bzw. umsetzen. Ziel ist es, die Situation der vier Biodiversitätskorridore (Grün für laufende Tiere, Blau für Wassertiere, Braun für unterirdisch lebende Tiere, Schwarz für nachaktive Tiere) zu verbessern.

Aus dem Klimaanpassungskonzept legen wir einen Fokus auf Maßnahmen, die sich auf den öffentlichen Raum auswirken und für Bürger*innen von Nutzen sind wie z.B. Sonnencremespender, Hitzeprävention durch Wassernebel-Systeme/Solarsegel/Kühlende Bänke sowie Wasserspender.

Mögliche Hitzeinseln möchten wir identifizieren und hier effiziente Gegenmaßnahmen – wie z.B. Neubepflanzung, Sonnensegel u.ä. – entwickeln und umsetzen. Ein wichtiger Baustein für klimafreundliche Städte ist das Entsiegeln im Sinne der Schwammstadt. Insbesondere wollen wir versiegelte Verkehrsinseln identifizieren und nach Möglichkeit bepflanzen.

Wir wollen dafür sorgen, dass die GRZ 2 (Grundflächenzahl 2) gemäß § 19 Absatz 4 Satz 2 BauNVO, die die maximale Versiegelung der Nebenflächen regelt, grundsätzlich eingehalten wird und dass dies auch kontrolliert wird.

Wir setzen uns für die Entsiegelung privater wie öffentlicher Flächen ein.

Analog zum Wohnungsbauprogramm sollen konkrete Flächen für Entsiegelungsmaßnahmen benannt werden.

Wir fördern die Schaffung von mehr Schatten auf Spielplätzen und setzen uns für die Umsetzung von Verschattungsprojekten auf Schulhöfen ein.

Mit Blick auf die Baumfälllisten wird das System der Informationsweitergabe vor Fällung in Absprache mit der neuen Bezirksamtsleitung überarbeitet. So wird gewährleistet, dass die Information rechtzeitig die Bezirksversammlung erreicht, so dass diese ggf. Einfluss nehmen kann.

Wir wollen den Teil der Eidelstedter Feldmark aus der Drs. 21-1347 ökologisch aufwerten.

Grünvolumen wollen wir grundsätzlich fördern. Dazu wollen wir bei der Aufstellung von B-Plänen darauf achten, dass auf den auszuweisenden Grünflächen ein möglichst hohes Grünvolumen vorgesehen wird.

Die Begrünung von Fassaden, Dächern und öffentlichen Räumen wird weiter gefördert, um Hitzequellen abzumildern und die Aufenthaltsqualität in der Stadt zu erhöhen.

Wir setzen uns für die Grünentwicklung im gesamten Bezirk ein. Dies bezieht sich auf die bestehenden Grünflächen ebenso wie auf die Möglichkeit Straßenlaternen/Schilder sowie Bushaltestellen zu begrünen. Wir wollen Grün- bzw. Beetpatenschaften unterstützen und auch die Aufstellung bzw.

Etablierung von Pflanzensaatgutspendern fördern.
Die Aufforstung von geeigneten Flächen unterstützen wir, z.B. als Pilotprojekt für sog. Tiny Forests.
Bei den nicht bebauten oder genutzten Flächen im Landschaftsschutzgebiet Ohmoor ist zu prüfen, ob dort ein Naturschutzgebiet ausgewiesen werden könnte.
Wir wollen die naturnahe Umgestaltung von bezirklichen Gewässern weiter fördern, um die Lebensräume von Fischen, Kleinlebewesen und Pflanzen zu erhalten und weiter auszubauen.
Für die Entwässerungsgräben wollen wir ein Pflegekonzept etablieren, das schließt auch die private Grabenpflege ein.
Zur Verbesserung der Luftqualität wollen wir uns z.B. für Projekte wie Moos-Module (bspw. CityTree) einsetzen.
Blau-grüne Konzepte wie die Starkregenvorsorge und das Straßenbegleitgrün sollen bei zukünftigen Infrastrukturmaßnahmen frühzeitig berücksichtig werden. Dabei soll nicht nur auf eine reine Ableitung, sondern auf die dezentrale Bewirtschaftung des Regenwassers abgezielt werden.
Bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen des Bezirks achten wir auch auf die Effektivität der Maßnahmen.
Das Pilotprojekt zur Unterstützung (bei der Erstellung von Förderungsanträgen) und Beratung der Bürger*innen bei energetischer Sanierung, insbesondere beim Umstieg der Heizungsenergiequelle, vorrangig bei Reihenhäusern, soll evaluiert und ggf. verstetigt werden.
Wir unterstützen eine Pilotierung zur Nutzung moderner Fassadentechnologien wie Wärmewende-Fassaden, die Energieeffizienz und Klimaschutz verbinden.
Den Fernwärmeausbau begrüßen wir als notwendigen Beitrag zur Energiewende und begleiten die Planung und Umsetzung der weiteren baulichen Maßnahmen konstruktiv.
Die Potenziale für Photovoltaik im urbanen Raum wollen wir systematisch erschließen, insbesondere auf dem A7-Deckel, öffentlichen, v.a. bezirkseigenen Gebäuden und geeigneten Flächen.
Wir unterstützen die Förderung der Fachbehörde von Photovoltaik für Transferleistungsempfänger*innen durch Verbreitung der Information.
Wir setzen uns dafür ein, dass die Genehmigungspraxis für PV-Anlagen und Wärmepumpen in Erhaltungsgebieten erleichtert wird, wobei wir darauf achten, dass dies sozial verträglich geschieht.
Für ein wirksames Management der Stadttaubenpopulation setzen wir uns ein. Ziel ist eine tierschutzkonforme Verringerung der Population sowie weniger Verunreinigungen durch Tierkot in Eimsbüttel. Die Sichtung von Ratten muss in Hamburg gemäß Infektionsschutzgesetz gemeldet werden. Durch mehr Sauberkeit im öffentlichen Bereich, bessere Zusammenarbeit der Behörden und gezielte Aktionen soll ihre Bekämpfung nachhaltig verstärkt werden.
Zu Beschwerden auf der Umweltbeschwerdeliste, die nicht in die Zuständigkeit des Bezirks fallen, setzen wir uns für eine zügige Klärung bei den zuständigen Behörden/Stellen ein. Die Möglichkeiten der Digitalisierung werden dabei erörtert.
Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass es grundsätzlich zwischen 23 und 6 Uhr am Helmut-Schmidt-Airport keine Starts und Landungen gibt.

SCHULE, BILDUNG UND INTEGRATION

Bildung und Integration sind der Schlüssel für eine bessere Zukunft und ein gedeihliches Zusammenleben. In Eimsbüttel fördern wir deshalb den Ausbau von Schulstandorten mit aller Kraft. Auch die Unterbringung und Integration von Geflüchteten wollen wir solidarisch und bezirksverträglich gewährleisten.

Trotz der anhaltenden Krisen stellen wir sicher, dass weiterhin ausreichend Plätze in öffentlich-rechtlichen Unterkünften zur Verfügung stehen und setzen uns weiterhin für eine faire Verteilung der Standorte über das bezirkliche Gebiet ein. Einen möglichen Rückgang der Neuankünfte von Geflüchteten in Hamburg werden wir zur Umstrukturierung der öffentlich-rechtlichen Unterkünfte nutzen und streben kleinere, dezentrale Unterkünfte an.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass insbesondere im Kerngebiet nach Möglichkeit kleinteilige Unterkünfte geschaffen werden.

Flüchtlingsinitiativen leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration von Geflüchteten in unserem Bezirk. Diese Arbeit wollen wir weiter im Rahmen unserer Möglichkeiten politisch und finanziell unterstützen.

Ebenso ist es uns ein besonderes Anliegen, die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Flüchtlingsunterkünften zu unterstützen und zu fördern. Die Einführung von Schutzkonzepten setzen wir weiter fort und unterstützen deren Umsetzung.

Gelingende Integration braucht Räume für Begegnung. Diese Räume wollen wir fördern. Dazu gehören bspw. Nachbarschaftsfeste mit integrativem Charakter.

Das Interkulturelle Forum wollen wir fortführen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die beiden neuen Schulstandorte in Schnelsen und in Lokstedt sich nach dem Beispiel anderer Schulen von Anfang an in die Stadtteile öffnen und mit den Institutionen in den Stadtteilen gut vernetzen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, die schulischen Räume außerhalb der Unterrichtszeit für andere Einrichtungen der Stadtteile nutzbar zu machen.

Dafür, dass die Schulhöfe und die dort befindlichen Spielmöglichkeiten auch außerhalb der Schulzeiten öffentlich zugänglich sind, setzen wir uns auch weiterhin ein.

Die Möglichkeit, Schulbibliotheken für die öffentliche Nutzung zugänglich zu machen, wollen wir insbesondere in Stadtteilen prüfen, die keinen Standort einer Bücherhalle haben.

Schulen werden wir dabei unterstützen, sich zu Bildungszentren im Stadtteil weiterzuentwickeln. Hierzu fördern wir die Vernetzung mit Vereinen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, der Nachbarschaft und mehr. Gleiches gilt für die Vernetzung der Akteure untereinander auch außerhalb von Schule.

Wir begrüßen den neuen Standort für die Volkshochschule in Eimsbüttel. Wir werden die Volkshochschule bei der Vernetzung mit den Akteuren vor Ort begleiten und unterstützen.

Kitas und Grundschulen bilden die Grundlage für den weiteren Bildungserfolg von Kindern. Deshalb ist es für uns wichtig, alle Kinder einzubeziehen und ihnen einen guten Übergang von der Kita in die Schule zu ermöglichen. Unser Ziel ist, dass Kitas und Grundschulen eng kooperieren und als „Bildungshäuser“ auch den Eltern z.B. Erziehungshilfen und Sprachkurse anbieten können.

Bildungspolitik muss gezielt Bildungsarmut bekämpfen, um soziale Ausgrenzung zu ver-

hindern und allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von Herkunft und Lebenslage echte Teilhabechancen zu eröffnen. Maßnahmen können Ganztags- oder frühkindliche Betreuung mit Fokus auf Sprachförderung und Chancengleichheit sein.
Kinder und Jugendliche fühlen sich zunehmend gestresst von den aktuellen Krisen und geplagt von Zukunftsängsten. Wir möchten im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beitragen, dass bestehende Angebote rund um Mental-Health-Unterstützungsangebote bekannt und den Betroffenen zugänglich gemacht werden.
Das niedrigschwellige Angebot „3 für 1“ stärkt vor Ort frühzeitig die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und fördert die Bildungsteilhabe. Deswegen werden wir prüfen, ob das Angebot auch in Eimsbüttel eingeführt werden kann.
Den personellen Aufwuchs beim Regionales Bildungs- und Beratungszentrum (ReBBZ) und die Verzahnung mit den Schulen sowie die höhere Durchlässigkeit begrüßen wir. Diese Entwicklung wollen wir verstetigen und weiter unterstützen.
Regionale Bildungskonferenzen als wichtiges Instrument der Kommunikation und Bildungskoordination wollen wir fördern und weiterentwickeln. Ihre Arbeit kann die ganztägige Bildung und Betreuung unterstützen, indem dort Schulen mit verschiedenen Trägern und Einrichtungen im Stadtteil zur Planung dauerhafter Kooperationen zusammengebracht werden.
Wir betrachten Umweltbildung als eine wichtige Aufgabe des Schullebens. Dabei kommt der Nutzung außerschulischer Lernorte besondere Bedeutung zu. Konkret wollen wir z.B. Patenschaften für öffentliche Grünflächen, Projekte zur ökologischen Schulhofgestaltung, insbesondere zur Entsiegelung und Begrünung mit Tiny Forests, oder auch von Schüler*innen durchgeführte Energiesparmaßnahmen an Schulen anregen.
Den Hamburger Masterplan BNE 2030 (Bildung für nachhaltige Entwicklung) werden wir konstruktiv begleiten. Wir wollen Schulen animieren, sich mit Projekten in diesem Rahmen um Mittel zu bewerben. Dadurch werden Schulen zur Vermittlung von Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltbildung aktiviert.
Nach wie vor ist das Coming- out für queere Jugendliche sehr schwierig. Wir unterstützen niedrigschwellige Maßnahmen, um hier zu helfen, insbesondere den Aktionsplan „Hamburg l(i)ebt vielfältig“.
Wir regen die Einrichtung von Produktionsküchen insbesondere an den neuen Schulstandorten an.
Produktionsschulen haben sich im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf bewährt, daher wollen wir sie weiter fördern.

SOZIALRAUMMANAGEMENT

Das Sozialraummanagement ist ein zentrales Instrument, um soziale Gerechtigkeit vor Ort erlebbar zu machen. In einem vielfältigen Bezirk wie Eimsbüttel schafft es die Grundlage dafür, Bedarfe frühzeitig zu erkennen, Angebote zielgerichtet weiterzuentwickeln und Ressourcen dorthin zu lenken, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Als grün-ro-

te Koalition setzen wir uns für eine integrierte, quartiersbezogene Sozialpolitik ein, die Beteiligung fördert, Strukturen vernetzt und das soziale Miteinander stärkt, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder sozialem Status.
Dem sozialen Leitbild wollen wir zur Orientierung eine politische Ergänzung und Schwerpunktsetzung zur Seite stellen.
Soziale Infrastruktur soll regional und bedarfsgerecht verteilt werden. Dafür setzen wir uns ein. Dabei haben wir die Außenbereiche und die Urbanisierungszonen besonders im Blick.
Wir verfolgen das Ziel, Menstruationsartikel in den bezirklichen Institutionen nach Möglichkeit kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Dies soll für die Institutionen in einer möglichst unkomplizierten Form erfolgen.
Soziale Leistungen wie zum Beispiel Elterngeld und Wohngeld müssen schnell und zuverlässig bewilligt und ausgezahlt werden. Wir unterstützen den Senat bei den entsprechenden Bemühungen, die gesetzlichen Anforderungen zu vereinfachen sowie die Verfahren zu verschlanken und durch Digitalisierung zu beschleunigen.
Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen in Eimsbüttel ein.
Die Umsetzung des Aktionsplans „Age-friendly City – für ein altersfreundliches Hamburg“ befördern wir und setzen uns für die Verbesserung des Angebots für ältere Menschen ein. Wir wollen die bestehenden Seniorentreffs weiter unterstützen. Dabei sollen auch generationenübergreifende Treffpunkte entstehen.
Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Ausstattung mit altersgerechten Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum ein.
Für Senior*innen wollen wir kostenlose und gut erreichbare Bewegungsangebote im Freien schaffen.
Wir schätzen die Arbeit des Seniorenbeirates und bleiben mit den Mitgliedern im engen Austausch.
Uns ist ein besonderes Anliegen, dass für Senior*innen Informations- und Serviceangebote einfach zugänglich und auch analog ausgestaltet sind. Wir sind uns dabei bewusst, dass auch hier der Bedarf an mehrsprachigen Angeboten wächst.
Das Problem der wachsenden Einsamkeit in allen Altersgruppen erkennen wir an und treten ihm entgegen. Der „Hamburger Hausbesuch“ zum 80. Geburtstag hat sich erfolgreich etabliert und wir wollen dieses Angebot stärken. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam weitere geeignete Maßnahmen entwickeln und umsetzen. Hierfür wollen wir zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Ressourcen aktivieren.
Bei der Umsetzung des Hitzeaktionsplans der Sozialbehörde legen wir besonderen Wert auf die Beratung sowie den Schutz von vulnerablen Gruppen.
Für Barrierefreiheit und die Umsetzung von Inklusionsmaßnahmen setzen wir uns ein.
Wir möchten von Eimsbüttel aus initiieren, dass die Dienstleistungen der Verwaltung nicht nur physisch, sondern auch digital barrierefrei werden.
Wir möchten die Zusammenarbeit mit dem Inklusionsbeirat inhaltlich intensivieren und unterstützen die Bestrebungen des Senats, Inklusionsbeiräte gesetzlich zu verankern.
Wir setzen uns für mehr öffentliche Toiletten an den zentralen Punkten ein.
Die Teilhabe von Menschen mit erhöhtem Assistenzbedarf wollen wir durch das Einwerben von Fördermitteln für die Errichtung von „Changing Places“ unterstützen. Dies soll nach Einrichtung evaluiert werden.
Für eine Stärkung der Gleichstellungsmaßnahmen setzen wir uns innerhalb der bezirklichen Möglichkeiten ein, bspw. auf Grundlage

der Daten aus dem behördlichen Gleichstellungsmonitor in Hamburg.
Die bestehenden Einrichtungen der Wohn- und Obdachlosenhilfe unterstützen wir. Das schließt auch die in Eimsbüttel tätigen Tafeln ein. Für das erfolgreiche Projekt Housing First wollen wir prüfen, ob im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten insbesondere im Kerngebiet ein Standort gefunden werden kann. Ein besonderes Augenmerk bei der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe wollen wir auf die Betroffenheit von Frauen legen.
Die Institutionen der Suchtberatung in Eimsbüttel wollen wir stärken und dabei prüfen, ob ein mobiles Suchtberatungsangebot für Eimsbüttel zielführend sein kann.
Wir wollen mehr Ressourcen in den Dialog, die Demokratieförderung und Präventionsprojekte gegen Radikalisierung investieren und dazu das Bundesprogramm „Demokratie leben! Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt“ in Eimsbüttel implementieren. Wir unterstützen außerdem das Netzwerk „Eimsbüttel gegen Rassismus“ und fördern dessen Veranstaltungen im Rahmen der „Wochen gegen Rassismus“.

JUGENDHILFE

Die Jugendhilfe ist eine wichtige bezirkliche Aufgabe und ein zentraler Baustein für Chancengleichheit, Teilhabe und ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen in Eimsbüttel. Sie schafft Schutzräume, eröffnet Perspektiven und unterstützt Familien in unterschiedlichsten Lebenslagen. Als grün-rote Koalition setzen wir uns für eine starke, präventiv ausgerichtete Jugendhilfe ein, die die Vielfalt junger Lebensentwürfe ernst nimmt und Beteiligung konsequent mitdenkt.
Wir wollen ein Jugendparlament/einen Jugendbeirat für Eimsbüttel. Dafür nutzen wir die Ergebnisse der Erfahrungen aus den Bezirken Altona und Wandsbek. Wir wollen dafür möglichst zeitnah den Boden bereiten, indem wir Gelder der zuständigen Behörde abrufen, um damit in einem Teilbereich zu starten.
Für Kinder und Jugendliche entwickelte Beteiligungsformate sollen zukünftig immer Anwendung finden. Verfahren wie zum Beispiel Kinderkonferenzen, digitale Beteiligungsplattformen und Beteiligungsmöglichkeiten über Schulen, Kindertagesstätten oder Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sollen erarbeitet und erprobt werden.
Bei den Spielplätzen wollen wir uns außerdem dafür einsetzen, dass nach Möglichkeit auch Wasserspielplätze/Wasserspielgeräte geschaffen werden.
Den Spielplatz am Wehbers Park wollen wir inklusiv ausgestalten. Zudem wollen wir das Spielhaus Wehbers Park nach Möglichkeit sanieren. Wir wissen um die hohen finanziellen Bedarfe zur Umsetzung der inklusiven Ausgestaltung des Spielplatzes sowie der Sanierung des Spielhauses und sind dafür auf zusätzliche Mittel insbesondere des Landes angewiesen.
Den Untersuchungsprozess zur Struktur der Jugendhilfe in Schnelsen-Süd wollen wir abschließen. Wir prüfen die Übertragbarkeit seiner Ergebnisse und Erfahrungen auch auf andere Sozialräume in Eimsbüttel. Seine Er-

gebnisse werden wir auch dazu verwenden, auf Landesebene für eine ausreichende Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe zu werben, um das Angebot bedarfsgerecht auszubauen.
Besonders schnell nimmt die Zahl der Einwohner*innen in Stadtteilen wie Eidelstedt und Stellingen zu. Unter anderem durch den Zuzug von Geflüchteten wird die Bevölkerung gerade in diesen Quartieren immer jünger. Die soziale Infrastruktur gerade für Kinder und Jugendliche ist in den letzten Jahren nicht im entsprechenden Ausmaß mitgewachsen. Entsprechend steigt der Bedarf, sie auszubauen. Das wollen wir vorantreiben.
Bestehende Sanierungsbedarfe in unserem Bezirk wollen wir angehen, insbesondere mit Blick auf Barrierefreiheit und energetische Aspekte. Dazu wollen wir Fördermittel auf Landes- und Bundesebene aktiv einwerben.
Die Bedarfe der Sozialräumlichen Angebote der Jugend- und Familienhilfe (SAJF), der OKJA sowie der Jugendhilfe, die die freien Träger leisten, müssen vom Land Hamburg über die Sozialbehörde mindestens auskömmlich finanziert werden, dafür setzen wir uns weiterhin ein. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Bedarfe durch Zuzug und durch die Pandemie braucht es eigentlich eine Aufstockung der Mittel.
Die auf Landesebene vereinbarte gezielte Personalentwicklung im Allgemeinen Sozialen Dienst unterstützen wir und wirken an der regelhaften Weiterentwicklung und Überprüfung von Verfahren und Prozessen mit.
Die sog. Frühen Hilfen, zu denen auch aufsuchende Familienhilfen gehören, wollen wir weiterführen und stärken. Wir wollen prüfen, ob die Angebote in Eimsbüttel vorhanden, bekannt und wirksam sind. Im Rahmen unserer Möglichkeiten wollen wir die Frühe Hilfen aufmerksam begleiten.
Den Ausbau von sozialpädagogischer und psychotherapeutischer Unterstützung für minderjährige unbegleitete Geflüchtete wollen wir unterstützen.
Kinder und Jugendliche im Bezirk Eimsbüttel haben Anspruch auf eine sichere, diskriminierungs- und gewaltfreie Umgebung – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Identität. Die Bezirkspolitik nutzt ihre Möglichkeiten, bewährte Schutzprojekte auszubauen und durch neue Initiativen zu ergänzen, mit besonderem Fokus auf Mädchen, junge Frauen und queere Personen, ohne Jungen als Betroffene zu vergessen.
Präventionsarbeit für von Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche muss gestärkt und bei steigendem Bedarf ausgeweitet werden, da häusliche Gewalt oft mit Gewalt gegen Kinder einhergeht. Betroffene brauchen professionelle Unterstützung, idealerweise an leicht zugänglichen Orten wie KiTas, Schulen und Jugendzentren. Die Bezirkspolitik fördert Kooperationen zwischen Schulen, Jugendzentren und Sportvereinen, um Informationen zu verbreiten und Aufklärung zu befördern.

HAUSHALT UND KULTUR

Ein transparenter und verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Mitteln ist die Grundlage für eine handlungsfähige und gerechte Bezirkspolitik. Gleichzeitig ist es unser Anspruch, Kultur als unverzichtbaren Teil des gesellschaftlichen Lebens im Bezirk zu stärken – vielfältig, niedrigschwellig und nah an den Menschen. Die bezirklichen Sondermittel sind dabei ein wichtiges Instrument, um bürgerschaftliches Engagement, kulturelle Initiativen und soziale Projekte gezielt zu fördern. Als grün-rote Koalition setzen wir uns für eine nachvollziehbare, diskriminierungssensible und gemeinwohlorientierte Vergabepraxis ein, die kulturelle Teilhabe sichert und kreative Vielfalt im gesamten Bezirk ermöglicht.
Das Sondermittelverfahren wollen wir wie folgt ausgestalten und einführen:

1. Bis zu einer Summe von einschließlich 10.000 Euro soll das Verfahren entsprechend der Drs. 22-0016 ausgestaltet werden.
2. Über dieser Summe wird das Sondermittelverfahren wie bisher ausgestaltet.

Wir wollen ein Verfahren etablieren, bei dem zu nicht berücksichtigten Ersuchen regelhaft Ablehnungsbescheide versandt werden.
Grundsätzlich sollen Antragsteller*innen eine Eigenleistung erbringen. Bei größeren Akteur*innen wird eine Eigenbeteiligung von mindestens 10 % erwartet.
Catering wird grundsätzlich nicht mit Sondermitteln gefördert. Personalstellen und Eigenhonorare betrachten wir bei Förderung kritisch.
Wir wollen im Rahmen der Quartierfonds-Vergabe eine größere Beteiligung der Bezirksversammlung sichern.
Beim Einsatz von Sondermitteln soll ein Schwerpunkt auf kinder- und jugendunterstützenden Maßnahmen und ein weiterer auf Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen gelegt werden.
Wir werden uns für umweltfreundliche Veranstaltungsformate einsetzen, bei denen Ressourcen geschont werden. Ebenso möchten wir nachhaltige Kulturprojekte fördern, die auf Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung setzen.
Die Kinder- und Jugendkultur ist uns bei der Vergabe der bezirklichen Mittel ein besonderes Anliegen.
Kleine Projekte und lokale Künstler*innen sind für die Stadtteilkultur unerlässlich und werden weiterhin von uns gefördert.
Wir setzen uns dafür ein, dass den Bezirken mehr Mittel für die Förderung der Stadtteilkultur zur Verfügung gestellt werden. Eimsbüttel hat viele lebendige Kulturstätten. Der Erhalt dieser ist unsere politische Priorität.
Wir achten auf eine faire Verteilung der bezirklichen Mittel zwischen den Regionen. Wir wollen uns hierzu nach zwei Jahren zusammensetzen. Insbesondere wollen wir uns für eine gerechte Förderung der kulturellen Projekte einsetzen.
Kultur darf keine Frage des Geldbeutels sein. Durch die Unterstützung von kulturellen Bildungsprojekten in Schulen, Bürgerhäusern und Stadtteilzentren möchten wir Kultur zu einer selbstverständlichen Bereicherung des Alltags machen, die für alle niedrigschwellig zugänglich ist.
Für uns sind insbesondere folgende Veranstaltungen wichtig, ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Wirtschaftskonferenz, Sportehrung, Kinderferienprogramme des Bezirksamtes, Ferienprogramme, Junge Theaterschule, Monat des Gedenkens, Wochen gegen Rassismus. In diesem Sinne werden

auch folgende Stadtteilfeste gefördert: Straßenparty international Schnelsen, Sommer unterm Schirm, Nachbarschaftsfest Linse, Lokstedt Rallye, Lokstedter Lesetage, Sommerkonzert Junges Orchester.
Wir wollen den begonnenen Sanierungsprozess beim Bürgerhaus Lenzsiedlung weiter unterstützen.
Beim steeedt wollen wir die noch offenen baulichen Fragen und die strukturelle Finanzierung beim Kulturhaus Eidelstedt e. V. klären.
Wir begrüßen die Planungen des Museums am Rothenbaum (Kulturen und Künste der Welt), den Vorplatz neu zu gestalten. Jedoch wollen wir den dortigen Wochenmarkt und teilweise auch Parkplätze erhalten.
Tonali unterstützen wir weiter beim geplanten Umbau im Hauptgebäude und damit bei der langfristigen Sicherung des Standorts. Wir unterstützen einen möglichen inklusiven Umbau der Räumlichkeiten oder Maßnahmen, die eine höhere Veranstaltungsdichte ermöglichen.
Wir möchten die Idee der Kulturwege schrittweise realisieren.
Die belebten Straßen und Plätze Eimsbüttels bieten eine einzigartige Bühne für kulturelle Ereignisse. Wir werden die Durchführung von Straßenfesten, Märkten und kulturellen Veranstaltungen im öffentlichen Raum unterstützen. Dabei werden wir darauf achten, dass auch unkonventionelle Ideen eine Chance haben und bürokratische Hürden abgebaut werden. Auch auf Park- oder Grünflächen wollen wir lokale kulturelle Veranstaltungen ermöglichen, soweit eine angemessene Nutzung möglich ist. Ein konkretes Projekt, das wir in diesem Bereich gerne umsetzen wollen, ist das Straßenmusikfest. Dabei ist uns wichtig, einen Träger zur Durchführung zu finden. Weitere Beispiele sind neue Stadtteilfeste in Bereichen ohne Feste, Eimsbütteler Comedy Pokal oder Poetry Slam Cup. Auch für weitere Veranstaltungsformate sind wir offen und wollen diese mit externen Trägern initiieren.
Wir begleiten konstruktiv die Möglichkeiten, Flächen für Streetart zu suchen und im öffentlichen Raum gestalten zu lassen. Dies betrifft sowohl Flächen, die wir zur legalen Nutzung für die Allgemeinheit und auch zur Gestaltung in Zusammenarbeit mit Schulen/ Jugendeinrichtungen freigeben, als auch solche Flächen, die wir für einzelne Kunstschaffende vorsehen.
Die Hamburger Tanzcommunity wünscht sich seit langem, dass Hamburg öffentliche Tanzflächen im Freien bereitstellt. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der Beschluss „Öffentliche Tanzflächen im Bezirk Eimsbüttel ermöglichen“ entsprechend der Drs. 21-4414 umgesetzt wird.

SPORT

Sport ist für uns ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Sportvereine sind Orte der Begegnung, der Integration und der Inklusion. In Vereinen übt man früh das Miteinander und Demokratie. Vereine tragen ebenfalls wesentlich zur Gesundheitsprävention bei. Umso wichtiger ist es, ein heterogenes, vielfältiges Angebot an Vereinen aufrecht zu erhalten und bei der Förderung neben den größeren Vereinen auch die klei-

nen und mittleren Sportvereine im Blick zu haben. Wir wollen die Infrastruktur der Eimsbütteler Sportanlagen und Sporthallen kontinuierlich verbessern und intakt halten. Dafür wollen wir neben den bezirklichen Mitteln auch Ressourcen auf Landesebene einwerben. Die Maßnahmen und die Reihenfolge der Umsetzung wollen wir auf Grundlage des Zustandsberichts strukturieren und entsprechend angehen.

Mädchen und Frauen sind im Hamburger Sport noch immer unterrepräsentiert. Wir setzen uns auch mit der Allokation der Fördermittel dafür ein, dass eine Gleichstellung aller Geschlechter in den verschiedenen Bereichen des Sports erreicht wird. Sport soll dabei in allen Vielfaltsdimensionen (Alter, geschlechtliche und sexuelle Identität, Nationalität oder Ethnie, Religion oder Weltanschauung, Behinderungen und/oder soziale Herkunft) möglich sein und von uns unterstützt werden.

Die folgende Auswahl an sportpolitischen Punkten dient der Verständigung der Koalitionsparteien und stellt keine Priorisierung gegenüber weiteren, zu Recht bestehenden Bedarfen dar.

Wir werden uns weiterhin an der Active-City-Strategie beteiligen und die hiesigen Sportvereine bei der Umsetzung unterstützen.

Die Bemühungen um eine Olympiabewerbung der Stadt werden wir in Eimsbüttel konstruktiv begleiten. Wir werden uns insbesondere den in Eimsbüttel geplanten Maßnahmen widmen und versuchen, diese auch für den Sport in Eimsbüttel zu nutzen.

Wir setzen uns für eine bessere Information der Bezirkspolitik über die Sitzungen/Themen des Nutzungsbeirats Schulsportanlagen ein.

Bei den Planungen für Sportflächen und -hallen sollten die Bezirkspolitik und die nutzenden Vereine möglichst früh (Leistungsphase 0) informiert und involviert werden. Wir setzen uns dafür ein.

Wir achten auf eine faire und bedarfsgerechte Verteilung der bezirklichen Mittel zwischen den Regionen. Wir prüfen auch im Bezirk Eimsbüttel die Schaffung einer Sporthalle mit einer „mittleren“ Kapazität an Zuschauer*innen.

Bei der Sporthallen- und Sportplatznutzung setzen wir uns für ein System ein, mit dem diese transparenter und effizienter genutzt werden können und welches die wirkliche Nutzung nachvollziehbarer macht. Dafür wollen wir die Einführung eines digitalen Tools weiter unterstützen. Dies ist wichtig, damit alle Vereine und gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen Zugang zu Sport und Bewegung erhalten und so Teilhabe, Zusammenhalt und Chancengleichheit gefördert werden.

Viele Sportanlagen in unserem Bezirk müssen saniert werden. Wir werden den Fokus hierbei insbesondere auf Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und Barrierefreiheit legen, auch um die Vereine bei den Unterhaltskosten der Sportanlagen zu entlasten. Dies werden wir in enger Abstimmung mit der Bezirksverwaltung umsetzen. Neben dem bezirklichen Sportstättenbeirat sollen auch die Sportvereine frühzeitig an Sanierungsplanungen beteiligt werden.

Hinsichtlich der Kunstrasenplätze ist uns bewusst, dass viele bestehende Plätze im Bestand ihre Lebensdauer in den nächsten Jahren erreichen werden und ggf. erneuert werden müssen. Wir werden einen Fokus auf Erhaltungsmaßnahmen mit dem Ziel der Verlängerung der Lebensdauer setzen sowie auf die Wiederherstellung der bestehenden Plätze.

Auf Maßnahmen zur Klimaneutralität im Sportbereich wollen wir einen jährlich wie-

derkehrenden Fokus legen, insbesondere für die „kleineren“ Vereine, und wollen dafür auf die Vereine aktiv zugehen.
Wir wollen insbesondere kleine Vereine in enger Abstimmung mit den Angeboten des Hamburger Sportbundes (HSB) dabei unterstützen, für ihre Verwaltungsbereiche die Möglichkeiten der Digitalisierung besser zu nutzen.
Die Schaffung einer inklusiven und generationsübergreifenden Sportförderung ermöglicht allen jungen Menschen den Zugang zu Vereinsangeboten, unabhängig vom sozialen Status. Hierfür unterstützen wir das Programm „Kids in die Clubs“ und wollen dies ausbauen, langfristig sichern und für die Vereine möglichst unbürokratisch gestalten.
Der Sportbereich lebt in großem Maße vom ehrenamtlichen Engagement in den Funktionen und auch bei den Übungsleiter*innen. Wir wissen um die Probleme, hierfür Personen zu gewinnen und diese zu halten. Wir wollen die Vereine dabei unterstützen, neue Ehrenamtliche und Übungsleiter*innen zu gewinnen, deren Engagement würdigen und darauf hinwirken, dass sich in der Funktionärsstruktur auch die ganze Breite der Gesellschaft (junge Menschen, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund) besser abbildet. Inklusion ist uns auch im Ehrenamtsbereich sehr wichtig.
Wir wollen die jährliche Sportehrung fortführen und dabei in geeigneter Form die Berücksichtigung der Ehrung von Ehrenamtlichen weiter stärken.
Schwimmfähigkeit ist uns ein großes Anliegen. Jedes Hamburger Kind soll im Grundschulalter im Rahmen der Schule ein kostenloses Schwimmlernangebot erhalten. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind am Ende der Grundschulzeit sicher schwimmen kann. Deshalb unterstützen wir die Vereine beim Erhalt und der energetischen Sanierung der Lehrschwimmbecken.

Bei an Sportflächen angrenzenden bisher ungenutzten Flächen wollen wir prüfen, ob und inwieweit sie im Sinne des Sports oder in Ergänzung zum Sport genutzt werden können.
Sport findet zunehmend auch im öffentlichen Raum statt und wir wollen dies weiter fördern. Die Möglichkeiten sind dabei mannigfaltig, bspw. Bewegungsinseln, Basketballkörbe mit kleinen Spielfeldern, Beachvolleyballfelder, Boule-Anlagen, Calisthenicsanlagen, Freilufthallen, Kletteranlagen, Rundlaufstrecken, Skateanlagen, Spielplätze und Padelplätze. Auch Schließfächer im öffentlichen Raum für die Sporttreibenden können hier eine unterstützende Maßnahme sein. Insbesondere die Deckelparks in Schnelsen und Stellingen sowie weitere urbane Bewegungsflächen wollen wir in enger Abstimmung mit dem Bezirksamt und den Umweltzielen in unserem Bezirk ausbauen.
Wir setzen uns dafür ein, dass an der Skateanlage am Steinwiesenweg eine jährliche Veranstaltung im Skatebereich – wenn möglich in Verbindung mit StreetArt-Kultur – stattfindet und werden dies unterstützen.
Die weitere Umsetzung der Maßnahmen für die Anlage am Steinwiesenweg werden wir weiter positiv begleiten.
Die in Stellingen ansässigen Vereine wollen wir in Ihrer Entwicklung stärken und unterstützen, insbesondere vor dem Hintergrund des Wachstums des Stadtteils.
Die Entwicklung des Sportparks inklusive der Eis- und Radrennbahn sowie der Curlinghalle hat nicht nur für Eimsbüttel, sondern für ganz Hamburg eine große Bedeutung, auch für mögliche olympische und paralympische Spiele. Wir wollen die Entwicklung, Planung und Umsetzung weiter vorantreiben. Wir wissen um die Bedarfe der Eishalle und setzen uns dafür ein, dass sie weiter betrieben wird.
Die direkten und indirekten Auswirkungen auf die Sportvereine und Nutzung von Sport-

anlagen durch den Bebauungsplan Niendorf 97 werden wir im Auge behalten und die Vereine bei möglichen Bedarfen bei Umzügen unterstützen.
Den Umzug der Hamburg Stealers vom Langenhorst an die Vogt-Kölln-Straße begleiten wir konstruktiv.
Die Entwicklung der Anlage am Königskinderweg wollen wir wohlwollend begleiten. Die Finanzierungsbedarfe werden wir uns dabei ansehen und sicherstellen, dass sie sich in eine Entwicklung aller Eimsbütteler Anlagen einfügen.
Wir wollen die Projektentwicklung für den Bau von neuen Umkleidekabinen bei GWE am Standort Tiefenstaaken konstruktiv begleiten und unterstützen, damit eine zukunftsfähige Sportinfrastruktur gewährleistet ist.
Für die Anlage Vogt-Cordes-Damm wollen wir einen Planungsprozess anstoßen, der die Modernisierung der Sportanlage in den kommenden Jahren zum Ziel hat.
Hinsichtlich des Brummerskamp wollen wir eruieren, wie die Anlage nach einem „Freiwerden“ weitergenutzt werden kann. Insbesondere wollen wir prüfen, ob hier ein weiterer Platz durch eine günstige Flächennutzung entstehen kann. Die Nutzungszeiten wollen wir insbesondere für die örtlichen Vereine bereithalten.

MOBILITÄT

Eine nachhaltige und gerechte Verkehrspolitik muss den Bedürfnissen aller Menschen im Bezirk gerecht werden – ob zu Fuß, mit dem Rad, im öffentlichen Nahverkehr, mit dem Auto oder im Wirtschaftsverkehr. Unser Schwerpunkt liegt auf der Stärkung des Umweltverbunds. Als grün-rote Koalition gestalten wir die Mobilitätswende aktiv und sozial ausgewogen – für mehr Sicherheit, Lebensqualität und Klimaschutz im ganzen Bezirk.
In den vergangenen Amtsperioden haben wir dafür gesorgt, dass die Menschen unserer Stadt immer besser mit dem Rad und zu Fuß in der Stadt unterwegs sein können. Diesen Kurs wollen wir fortführen, indem wir das Bündnis für den Rad- und Fußverkehr verstetigen und weiterhin auf hohem Niveau Radverkehrsanlagen bauen, um ein lückenloses Radwegenetz zu erstellen. Wir erarbeiten bezirkliche Fahrradkonzepte, mit denen wir wichtige Ziele wie lokale Zentren und insbesondere weiterführende Schulen an das Radroutennetz anbinden wollen. Parallel zu den so entstehenden Schulradwegen wollen wir auch die Radschnellwege „Radrouten Plus“ umsetzen.
Wir bekennen uns grundsätzlich zum bezirklichen Radroutennetz und arbeiten konstruktiv an der Umsetzung mit, mit dem Ziel, lokale Zentren und weiterführende Schulen anzuschließen.
Wir stehen weiterhin zum Bau des Radschnellwegs Elmshorn – Hamburg.
Bei konkreten Planungen wollen wir gute und den verschiedenen Mobilitätsbedürfnissen angemessene Lösungen finden. Wir sind dabei offen für neue Planungs- und Bauansätze in der verkehrlichen Planung. Eine hohe Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen ist uns im Sinne der „Vision Zero“ wichtig.

Blau-grüne Straßenprojekte werden grundsätzlich unterstützt und an passenden Stellen erprobt.
Im Rahmen der Umsetzung des Landesprojektes werden wir auch im Bezirk in Zusammenarbeit mit den Anwohnenden und den Schulfamilien weitere Schulstraße identifizieren.
Tempo 50 bleibt auch in Eimsbüttel die Regelgeschwindigkeit. Insbesondere in Wohngebieten sowie vor Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Seniorenheimen und ähnlichen Einrichtungen wird Tempo 30 angeordnet, wenn dies aus Gründen der Verkehrssicherheit, des Lärmschutzes oder der Verkehrslenkung erforderlich ist. Wir verfolgen dabei das Ziel, Lücken zu schließen und Tempo-30-Zonen sinnvoll zu gestalten.
Wir wollen die Planung und Umsetzung der U5 weiter mit hoher Aufmerksamkeit begleiten. Dabei wollen wir die Auswirkungen in der Bauphase mitdenken und abfedern. Für die Zeit nach der Realisierung der U5 wollen wir uns in die Planungen des Busverkehrs und Straßenraums einbringen.
Beteiligungsformate dienen dazu, möglichst viele Perspektiven unterschiedlicher Verkehrsteilnehmer*innen einzubinden, um eine größtmögliche Akzeptanz herbeizuführen. Daher werden wir darauf achten, dass die bezirkliche Politik bei der Auswahl und Erstellung von Beteiligungsformaten insbesondere zu verkehrlichen Fragen maßgeblich eingebunden wird.
Wir setzen uns für die Verbesserung der Qualität von Fußwegen ein. Dabei berücksichtigen wir auch Sitzgelegenheiten und wollen für diese neue Formvariationen erproben. Bei der Ausgestaltung von Wegen setzen wir uns dafür ein, dass diese möglichst barrierefrei ausgestaltet werden. Das schließt auch ein, dass Fußwege gut ausgeleuchtet werden.
Unser Ziel für Leih-E-Scooter sind definierte Abstellflächen mit Abstellverbotszonen drum herum. Diese wollen wir möglichst konkret an den Hotspots identifizieren und ausweisen. Insbesondere wollen wir an Bahnhöfen und Stadtradstationen mögliche Orte für Abstellflächen identifizieren. Dabei wollen wir mögliche Parkplatzverluste minimieren. Außerdem wollen wir Abstellverbotszonen in Eimsbüttel ausweiten und die Einhaltung bestehender Verbotszonen konsequenter durchsetzen.
Die Bewohnerparkzonen möchten wir engmaschig evaluieren und ihre Weiterentwicklung in Einklang mit den Lebenslagen der Nachbarschaften prüfen. Dabei müssen auch die Belange von Gewerbetreibenden, Handwerker*innen und Dienstleister*innen, die vor Ort arbeiten oder vor Ort ansässig sind, berücksichtigt werden. Die Einführung und Umsetzung des Quartiersparkens begrüßen und unterstützen wir als wichtigen Beitrag hierzu. Als Basis für die Weiterentwicklung des Quartierparkens dient der Masterplan Parken.
Bei der Baustellenkoordination durch die bezirkliche Baustellenkoordinierung ist die Bezirkspolitik regelmäßig mit einzubeziehen.
Die bisherigen Parklets können bestehen bleiben. Für neue Anträge gelten die Maßgaben des Masterplan Parkens.
Die Situation an den Busbahnhöfen Niendorf Markt und Eidelstedt wollen wir verbessern. Dazu gehört eine Modernisierung, die die Aufenthaltsqualität verbessert und wir verfolgen das Ziel Barrierefreiheit herzustellen. Bei den Planungen beziehen wir die anliegenden Akteure mit ein.
Das Konzept der Fahrradzone werden wir für Eimsbüttel prüfen lassen. Hierfür kommt aus unserer Sicht insbesondere das Areal Alsterterrassen in Frage.
Wir orientieren uns am Landeskoalitionsvertrag und unterstützen im Grundsatz den „Masterplan Parken“ sowie seine Ziele, um sicherzustellen, dass die Gesamtbilanz des

Parkraums positiv bleibt und sich die Lage in Stadtteilen mit hohem Parkdruck verbessert.
Unabhängig davon werden wir folgende Maßnahmen umsetzen:

1. Die Realisierung der Wrangelstraße nach dem neuen Konzept der Verkehrsbehörde.
2. Die Realisierung des Konzeptes Rellinger Straße.
3. Das Schulcluster wollen wir (wie unten beschrieben) realisieren.
4. Der Eppendorfer Weg wird in einer noch zu konkretisierenden Detailplanung (s.u.) realisiert.

Alle weiteren Planungen müssen sich an den Vorgaben des Masterplans Parken orientieren.
Mit Blick auf den Eppendorfer Weg vereinbaren wir eine Konzentration der Umgestaltung auf den südlichen Abschnitt zwischen Eimsbütteler Chaussee und Osterstraße mit Durchfahrtssperre/Straßenpark. Wir unterstützen die Nutzung entstehender Räume durch die ansässige Gastronomie und den Einzelhandel.
Mit Blick auf das Schulcluster orientieren wir uns grundsätzlich vollumfänglich an der Variante B: Verkehrsführung inklusive der südlichen Diagonalsperre, des südlichen Teils der Fahrradstraße Hohe Weide sowie einer Fahrradstraße light im nördlichen Teil. Auf dieser Basis soll eine konkretisierte Planung erstellt werden mit der Maßgabe, das Ziel der Schulwegsicherheit zu garantieren sowie die Zahl der Parkplatzverluste zu minimieren und ggf. durch andere Maßnahmen zu kompensieren (Quartiersgaragen/Mobility Hubs. Digitale Doppelnutzung). Der Parkplatzverlust soll in einem quartiersverträglichen Umfang erfolgen.
Es wird geprüft, den Wegfall der Parkplätze bspw. durch digitale Doppelnutzung der universitären Parkplätze zu kompensieren. Dies soll parallel zum weiteren Fortschritt des Schulclusters erfolgen und umgesetzt werden.
Ein Pilotprojekt zur Einführung von Diagonalquerungen (Shibuya-Kreuzung) soll an der Kreuzung Osterstraße/Heußweg realisiert werden. Dabei wird in einer Ampelphase der gesamte Kfz-Verkehr gestoppt, während alle Fußgängerampeln gleichzeitig grün zeigen. Der Metrobus soll hierbei Vorrang haben.
Dem Areal vor der U-Bahn-Station Hoheluftbrücke hin zur Bushaltestelle wollen wir uns widmen und eine sichere Situation herstellen. Die Fahrspuren bleiben erhalten.
Im Rahmen des Themas „Klimastraßen“ wollen wir – vorbehaltlich der Prüfung durch die Senatskommission – in der Schwenckestraße insbesondere im Abschnitt Lappenbergsallee bis Osterstraße prüfen, welche Maßnahmen gut umgesetzt werden können.
In der Frohmestraße prüft die BVM eine Einbahnstraßenlösung und die Auswirkung auf den Busverkehr ergebnisoffen. Die Vor- und Nachteile hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Sicherheit, Fahrgastzahlen werden dargelegt. Wenn diese Lösung nicht realisierbar ist, favorisieren wir Variante 2, Tempo 30 mit Radstreifen. Hierzu wird ein gemeinsamer Antrag eingebracht.
Das Ziel einer Entlastung des Grandweges wurde mit der Durchgangssperre erreicht. Wir warten die Ergebnisse der anstehenden Evaluation ab und leiten daraus ggf. künftige Maßnahmen ab.
Die Belastung für das Niendorfer Gehege durch die Buslinie X39 wollen wir möglichst klein halten. Dabei können Begegnungszonen für die Busse eine Möglichkeit sein. Wir wollen prüfen, wie die Durchgangsverkehre weiter minimiert werden können und dabei die Erreichbarkeit der örtlichen Einrichtungen erhalten bleibt. Dabei binden wir örtliche Initiativen ein. Wir setzen uns dafür ein, dass

eine permanente Geschwindigkeitskontrolle stattfindet. Den Radverkehr, insbesondere den Schulradverkehr auf der Straße Niendorfer Gehege, wollen wir weiter fördern.
Der Kreisel Garstedter Weg/Moorrand soll noch einmal überprüft werden dahingehend, ob eine leichtere Wegführung durch die Lärmschutzwand Richtung Swebenweg möglich ist.
Eine provisorische Bedarfsampel an der Kieler Straße auf Höhe des Sola-Bona-Parks wollen wir realisieren und dann verstetigen.

STADTENTWICKLUNG

Stadtentwicklung heißt für uns: den Bezirk so zu gestalten, dass alle Menschen in Eimsbüttel gut und bezahlbar wohnen können – heute und in Zukunft. Wir setzen uns entschieden dafür ein, bezahlbaren Wohnraum zu sichern, neu zu schaffen und dauerhaft zu erhalten. Gleichzeitig denken wir Stadtentwicklung ganzheitlich – mit grünen Freiräumen, sozialer Infrastruktur, Platz für Gewerbe, guter Erreichbarkeit und aktiver Beteiligung der Menschen vor Ort. Unser Ziel ist eine soziale und klimagerechte Stadt, in der Lebensqualität und Vielfalt in allen Quartieren gefördert werden.
Wir bekräftigen die für Eimsbüttel festgesetzten Wohnungsbauziele und wollen dafür auch den Vertrag für Hamburg mit beschließen.
Das bezirkliche Klimaanpassungskonzept wird bei der Stadtplanung berücksichtigt.
Uns ist bewusst, dass auf ausgewiesenen Baufeldern Bäume gefällt werden müssen. Da, wo es ohne Belastungen für den Bauträger möglich ist, soll die Verwaltung darauf hinwirken, dass erhaltenswerte Bäume durch geeignete Maßnahmen erhalten werden können. Die notwendigen Ersatzpflanzungen müssen auf Durchführung kontrolliert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bußgelder bei fehlender Nachpflanzung deutlich erhöht werden.
Bei Nachverdichtung werden wir uns an den Vorgaben des Leitbildes des Hamburger Maßes orientieren. Eine weitere bauliche Verdichtung soll dabei mit der Schaffung neuer oder der Aufwertung bestehender Freiräume einhergehen.
Wo wir Wohnungsbau haben, brauchen wir auch soziale Infrastruktur. Deshalb werden wir bei entsprechenden städtebaulichen Vorhaben immer sowohl die soziale als auch die verkehrliche Infrastruktur mit entwickeln.
Zusätzlicher Parkraumbedarf bei Nachverdichtung wird von beiden Seiten gesehen, eine spezifische Betrachtung des jeweiligen Gebietes ist notwendig. Bei gewerblicher Nutzung kann vom Investor der Nachweis von Parkraum gefordert werden.
Die Initiativen des Bundes und des Hamburger Senats, die Verfahrensschritte der Plan- und Genehmigungsverfahren beim Bauen zu beschleunigen werden wir unterstützen und bei Umsetzung anwenden.
Von den im § 246 BauGB eröffneten bestehenden und künftigen Möglichkeiten der Ausnahmen für Wohnungsbau werden wir im Sinne unserer städtebaulichen Ziele Gebrauch machen. Die notwendigen Verlänge-

rungen für öffentlich-rechtliche Unterbringung werden wir wohlwollend begleiten.
Die laufende Prüfung zu Baugeboten und weitere mögliche Prüfungen werden wir einzelfallbezogen betrachten, stehen aber der Nutzung dieses Instrumentes offen gegenüber.
Wünsche an die Bauverfahren wollen wir in der Bauplanung umsetzen und nicht in der Baugenehmigung.
Wir setzen uns für die Erhöhung der Planungsmittel ein.
Die städtebauliche Entwicklung an den Magistralen werden wir weiter forcieren.
Zum Schutz unserer Zentren wollen wir das Nahversorgungskonzept Eimsbüttel erneuern und zukunftsfest machen. Zudem wollen wir ein Gewerbekonzept entwickeln.
Bei allen Fragen des Wohnraums setzen wir uns für dauerhaftes und nachhaltiges Wohnen ein. Wir erkennen an, dass es auch andere Formen des Wohnens braucht. Die wachsende Zahl der Formen des kurzzeitigen Wohnens werden wir kritisch begleiten. Wir unterstützen die Bemühungen des Senats, im Bundesrecht die Schutzlücken bei möbliertem Wohnraum und Kurzzeitvermietungen zu schließen.
Wenn es geeignete Flächen gibt, unterstützen wir Baugemeinschaften im Bezirk.
Die Möglichkeiten bestehender Vorkaufsrechtsverordnungen wollen wir im Bedarfsfall nutzen. Weitere Vorkaufsrechtsverordnungen für städtebauliche Zwecke wollen wir nach Möglichkeit positiv begleiten und etablieren.
Die sozialen Erhaltungsverordnungen wollen wir erhalten und verlängern. Wenn neue Gebiete betrachtet werden, werden wir das positiv begleiten.
Hinsichtlich der städtebauliche Erhaltungsverordnungen wollen wir in dieser Amtsperiode die Erweiterung der Verordnung „Am Weiher“ beschließen.

In die weitere Entwicklung der Universität Hamburg soll die Bezirkspolitik immer eingebunden werden. Die universitären Areale wollen wir für die Nutzung wissenschaftlicher bzw. wissenschaftsnaher Zwecke sichern, wobei ein Teil für Wohnungen für Studierende und Auszubildende genutzt werden kann.
Die größeren Entwicklungen im Areal der Universität wie z.B. Bau der U5 und Bau der Synagoge wollen wir ganzheitlich betrachten und aufeinander abstimmen.
Beim B-Plan Rotherbaum 39 „Joseph-Carlebach-Platz“ zum Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge werden wir uns bei der Umsetzung dafür einsetzen, dass es eine gute Verknüpfung zum Universitätsareal geben wird und eine hohe Durchwegbarkeit erhalten bleibt. Für den Verlust des wertvollen Baumbestandes möchten wir an anderer Stelle für Ausgleich sorgen.
Wir werden den Bebauungsplan Rotherbaum 40 „Alsterufer“ konstruktiv begleiten. Wichtig ist eine gute Lösung für die verkehrliche Situation vor dem Hotel, die nicht zu Lasten der Fahrradstraße geht.
Im Grindelhof 87 wird eine Bebauung ermöglicht. Bei ggf. notwendigen Befreiungen legen wir Wert auf einen ökologischen Ausgleich.
Eine Entwicklung des Areals um den Eimsbütteler Marktplatz wollen wir forcieren. Für die größere „Verkehrsinsel“ wollen wir mit den Landesbehörden BSW und BVM ins Gespräch kommen, um für die Verkehrsführung eine Lösung zu finden und das Gebiet für Wohnungsbau zu entwickeln.
Die baulichen Überlegungen rund um den Fanny-Mendelssohn-Platz bis hin zum Henry-Vahl-Park müssen ganzheitlich betrachtet werden.
Die Villa Lupi wollen wir erhalten und als kulturellen Raum für den Stadtteil nutzbar machen.

Unser Ziel ist es, das Gebiet des Bebauungsplans Niendorf 95 auf das Gebiet von Niendorf 93 auszuweiten, unter Berücksichtigung der anhängigen Normenkontrollverfahren und der sich daraus ergebenden rechtlichen Hinweise für die B-Pläne.
Im B-Plan Niendorf 92 „Garstedter Weg“ soll die Grünanlage rund um die Villa geöffnet und neu gestaltet werden.
Wir wollen den B-Plan Niendorf 96 „Kollaustraße“ weiter betreiben mit dem Ziel der Standortsicherung des örtlichen Betriebes und der Verbreiterung des Kollauwanderwegs.
Die bauliche Entwicklung am Tibarg Süd wollen wir forcieren, ggf. mit einem Bebauungsplan. Ziel soll dabei die Stärkung des Tibargs als Zentrum sein. Die Aufenthaltsqualität wollen wir verbessern. Eine Wohnbebauung ist dabei nicht ausgeschlossen.
Das Areal am Krähenweg wollen wir für die Zeit nach Umzug des Recyclinghofes stadtplanerisch weiterentwickeln.
Der B-Plan Schnelsen 92 „Kettelerweg“ soll weiterverfolgt werden. Die Thematik der Zuwegung muss weiter erörtert werden. Eine moderate Bebauung ist das Ziel.
Den B-Plan Schnelsen 94 „Egenbüttler Weg“ wollen wir weiter konstruktiv vorantreiben.
Den B-Plan Schnelsen 95 „Wählingsallee/Frohmestraße“ wollen wir weiter vorantreiben. Ziel ist insbesondere, das Entree der Frohmestraße so zu gestalten, dass ein Vollsortimenter Einzug hält. Die derzeitige Zuwegung zur Kindertagesstätte soll erhalten bleiben. Wir wollen einen möglichst frühen Baubeginn, möglichst 2030.
Wir wollen eine möglichst schnelle Verabschiedung des B-Plans Schnelsen 97 „Ellerbeker Weg“.
Am Behrmannplatz ist das Ziel, die DRK- und die THW-Fläche in einer gemeinsamen Betrachtung zu einem Zentrum mit Wohnungsbau, auch sozialem Wohnungsbau, zu entwickeln.
Wir wollen den B-Plan Stellingen 69 „Volksparkstraße“ möglichst zügig voranbringen. Das Glaskästen-Areal benötigt eine attraktive Nutzung im Erdgeschoss. Wir wollen die Potentiale für Wohnbebauung nutzen, die mit der Fluglärmschutzzone vereinbar sind. Zudem wollen wir für das Eckgebäude einen Hochpunkt realisieren, wobei wir die konkrete Höhenentwicklung im weiteren Verfahren konstruktiv-kritisch begleiten wollen. Wir wollen dort ein hohes Maß an gefördertem Wohnungsbau festsetzen. Im weiteren Verfahren wollen wir eine gute Lösung für die Freiwillige Feuerwehr finden.
In der Stellinger Mitte streben wir eine schnelle Realisierung auf den Flächen mit einem Partner/einer Partnerin an, der gute Mietverhältnisse im Sinne der Bewohner*innen garantiert sowie eine positive Vermietung des Umfelds sichert. Soweit möglich wollen wir Nachbesserungen zur Sicherung der sozialen Durchmischung umsetzen.
Wir wollen für die Fläche Randstraße/Binsbarg nahe dem Bahnhof Stellingen/Volksparkstraße teilweise Wohnnutzung realisieren und werden dies prüfen.
Der Schutz der Feldmarken ist uns wichtig und wir wollen diese weiter freihalten.
Eine Entwicklung des Eisenbahnerviertels wird nicht forciert. Bei Entwicklungen in der Nachbarschaft des SVE werden wir darauf achten, dass sich keine baurechtlichen Verschiebungen für die übrige Nachbarschaft ergeben.
Eine Entwicklung der Fläche Deepenbrook im vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren können wir uns vorstellen, wenn die Finanzierung und die Flächen zur Erschließung beigebracht werden.

AUFARBEITUNG BELASTETER STRASSENNAMEN

Die Aufarbeitung belasteter Straßennamen hat in Eimsbüttel bereits Tradition, die wir fortführen wollen.
Die Empfehlungen aus dem Abschlussbericht der Kommission zum Umgang mit NS-belasteten Straßennamen in Hamburg werden wir berücksichtigen.
Wir wollen den angestoßenen Prozess fortführen und allgemeine Kriterien finden. Bei problematischen Straßennamen können wir uns je nach Konstellation auch eine Kontextualisierung vorstellen, die nicht nur am Straßenschild, sondern wahrnehmbar im öffentlichen Raum platziert sind. Umbenennungen wollen wir nicht gegen die allgemeine Meinung der Anwohnenden umsetzen.
Der Umgang mit problematischen Straßennamen erfordert eine umfassende Einbeziehung der Anwohnenden. Wir wollen bei der Beteiligung klare Kriterien finden, die auf die Anwohner*innenschaft und Anliegenden der jeweiligen Straße besondere Rücksicht nehmen.
Die Gestaltung des weiteren Prozesses bedarf auch Antworten auf Fragen nach der Zuständigkeit, der Übernahme von entstehenden Kosten und anderes mehr.
Die Kooperation mit einer Schule oder anderen Bildungsträgern im Stadtteil kann eine Möglichkeit zur Aufarbeitung und Kontextualisierung darstellen.
Wir setzen uns dafür ein, dass Straßennamen, die nicht aus sich selbst heraus verständlich sind, durch entsprechende Straßennamenerläuterungsschilder ergänzt werden.
Bei der Neubenennung von Straßen und Plätzen nach Personen bevorzugen wir die Benennung nach Frauen und diversen Personen. Wir wollen auch darauf achten, dass die Benennungen in einem örtlichen Gesamtzusammenhang stehen. Zu kleinteilige Benennungen wollen wir vermeiden.

ZUSAMMENARBEIT

Die Koalitionspartnerinnen verständigen sich auf eine vertrauensvolle, konstruktive und transparente Zusammenarbeit. Entscheidungen werden gemeinsam vorbereitet und im offenen Austausch auf Augenhöhe getroffen, mit dem Ziel, tragfähige Lösungen für den gesamten Bezirk zu finden.

- Wir streben eine parteipolitisch neutrale Bezirksamtsleitung an. Dies soll auf Basis der inhaltlichen Vereinbarungen geschehen.
- Die Suche nach einer Bezirksamtsleitung soll zunächst intern insbesondere in der Hamburger Verwaltung erfolgen.

- Sollte dabei keine Bezirksamtsleitung gefunden werden, werden wir gemeinsam, in Abstimmung mit den anderen demokratischen Fraktionen eine entsprechende Ausschreibung auf den Weg bringen. In beiden Verfahrensschritten steht den Grünen ein Vorschlagsrecht zu, wobei sich beide Koalitionspartnerinnen einigen müssen.

Es wird ein klar geregeltes Abstimmungsverfahren geben. Dies schließt benannte Ansprechpartner*innen ein, die die Koalitionsfraktionen jeweils festlegen. Bei schriftlichem Austausch von Antragsentwürfen werden die Büros eingebunden. Verbindlich ist, was über die Büros abgestimmt wurde.
In Gremien, in die die Koalitionsfraktionen Mitglieder entsenden, werden sich die Mitglieder in ihrem Abstimmungsverhalten koordinieren. Die Koalitionspartnerinnen streben an, dass auch in Wettbewerbsverfahren eine möglichst einheitliche Linie – auch mit der Verwaltung – erzielt wird.
Organisatorische Arbeit soll zwischen den Koalitionspartnerinnen entsprechend ihrer Fraktionsgröße aufgeteilt werden.
Anfragen stellen die Koalitionspartnerinnen unabhängig, setzen sich aber untereinander vorab in Kenntnis.
Wir wollen in die eigenen Fraktionen hineinwirken, die Ausschusszuständigkeiten einzuhalten.
Mit Anträgen der demokratischen Opposition wollen wir fair umgehen.
Im Umgang mit Bürgerinitiativen wird ein kollegialer Umgang im Sinne des Koalitionsvertrages und seiner Ziele angestrebt.
Die Ausschussgrößen (außer im Jugendhilfeausschuss) sollen auf 15 Mitglieder festgelegt werden.
Die Fragestunden in ihrer jetzigen Form sind eine Herausforderung für den parlamentarischen Betrieb und erreichen ihr Ziel, Themen an die Politik heranzutragen, nur unzureichend. Wir wollen darauf hinwirken, dass das Ziel der Fragestunde adäquat umgesetzt werden kann, ohne dass die parlamentarische Arbeit dadurch über Gebühr erschwert wird.
Wir wollen die Geschäftsordnung durch eine Neufassung aktualisieren, im Zweifel aber auch durch einzelne Änderungsempfehlungen. Die Änderung der Geschäftsordnung wollen wir möglichst gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen vorantreiben.
Die von der Geschäftsstelle der Bezirksversammlung zu erstellende Kontrollliste wird halbjährig (sh. Drs. 21-3835) eingefordert.
Die Koalitionspartnerinnen wollen eine Vereinbarung nach §19 BezVG mit dem Bezirksamt zur Informationspflicht des Bezirksamtes gegenüber der Bezirksversammlung abschließen.
Die Koalitionspartnerinnen erkennen an, dass das Bezirksamt und seine Mitarbeiter*innen zunächst ihre originären Aufgaben wahrnehmen. Bei der Übertragung neuer Aufgaben, insbesondere Veranstaltungen, soll daher bevorzugt geprüft werden, ob diese durch Dritte übernommen werden können, die dabei durch die Bezirksverwaltung und Bezirksversammlung unterstützt werden.
Bei Verwaltungsvorlagen in Zuständigkeit des Bezirksamtes müssen sich die Koalitionspartnerinnen einig sein. Bei Uneinigkeit werden die Koalitionspartnerinnen auf eine gemeinsame Positionierung hinwirken und die hierzu notwendigen parlamentarischen Mittel ergreifen.
Verschickungen (Erst- und Schlussverschickung) zu verkehrlichen Planungen sollen zu allen Maßnahmen mit ausreichender Frist erfolgen.
Umfangreiche Unterlagen für den Stadtplanungsausschuss sollen entsprechenden Vorlauf haben und im Zweifel nicht zur aktuellen, sondern zur nächsten Sitzung des

Ausschusses zur Abstimmung gestellt werden.
Die Koalitionspartnerinnen stellen bei Mitteilungen der Verwaltung und Beschlussvorlagen sicher, dass ausreichend Zeit zur Beratung und parlamentarischen Willensbildung zur Verfügung steht.
Großkonzepte (der Verwaltung) sollen mit ausreichend Vorlauf (mindestens zwei Fraktionssitzungen) vorgelegt werden.

Hamburg-Eimsbüttel, den 21. September 2025

Gabriele Albers, Kreisvorsitzende GRÜNE-Eimsbüttel

Milan Pein, Kreisvorsitzender SPD-Eimsbüttel

Michael Gwosdz, Kreisvorsitzender GRÜNE-Eimsbüttel

Ali Mir Agha, Fraktionsvorsitzender GRÜNE-Eimsbüttel

Gabor Gottlieb, Fraktionsvorsitzender SPD-Eimsbüttel

Nina Joana Schübel, Fraktionsvorsitzende GRÜNE-Eimsbüttel